

Beziehungen zu Russland stehen auf der Kippe

Finnland diskutiert wegen Krise in Ukraine über NATO-Beitritt.

HELSINKI.Die Befürworter sind noch in der Minderheit, ihre Zahl nimmt aber zu: Laut aktuellen Umfragen sprechen sich 34% der finnischen Bevölkerung für einen Beitritt zur NATO aus. „Die Leute sind von den Vorgängen in der Ukraine beunruhigt. Man darf nicht vergessen: Von Helsinki aus ist der nördlichste Punkt Lapplands weiter entfernt als die Ukraine“, sagt Juha Jokela vom Finnischen Institut für Internationale Beziehungen. Finnland hat seit jeher ein besonderes Verhältnis zu Russland.

Der große Nachbar nimmt den Skandinavien knapp zehn Prozent seiner Exporte ab. Die gut 1300 Kilometer lange gemeinsame Grenze wird jedes Jahr millionenfach von Russen, die in Finnland einkaufen oder Urlaub machen, überquert. Und: Die Skandinavier beziehen 100 Prozent ihres Erdgases aus Russland.

„Finnland steht trotzdem fest hinter den Entscheidungen der Europäischen Union“, sagt Jokela. Die jetzige finnische Regierung schließt einen NATO-Beitritt aus, nennt aber eine Ausnahme: Sollte Schweden Mitglied der NATO werden, müsste Finnland nachziehen, um sich nicht politisch zu isolieren. SN-kl

Russen schließen Gas-Engpässe nicht aus

MOSKAU.Der russische Staatskonzern Gazprom schließt im Falle eines Lieferstopps an die Ukraine Probleme bei der Versorgung Westeuropas nicht aus. Zwar werde Gazprom alles dafür tun, um die vereinbarten Lieferungen zu gewährleisten, erklärte Gazprom-Chef Alexei Miller. Falls es zu Ausfällen kommen sollte, gingen diese auf eine unerlaubte Gasentnahme durch die Ukraine zurück. Gazprom deckt 30 Prozent der Nachfrage in Europa. In der Ostukraine kam es zuletzt erneut zu Gefechten zwischen prorussischen Kräften und der Armee, die die Vorbereitung der Wahl in einer Woche beeinträchtigten. SN, Reuters



Timo Soini will mit seinen „Wahren Finnen“ künftig drei EU-Abgeordnete stellen.

BILD: SN/EPA/PICTUREDESK

Rechtsruck im hohen Norden

Der Erfolg der „Wahren Finnen“ beweist: Fremdenfeindliche Parolen ziehen selbst in einem Land mit äußerst niedrigem Ausländeranteil.

HELSINKI.Der europaweite Aufschrei war groß: Ausgerechnet in Finnland hievten die Wähler mit „Perussuomalaiset“ („Wahre Finnen“) 2011 eine rechtsnationale Partei in den politischen Mittelpunkt. Der hohe Stimmenanteil von 19,1 Prozent bei der Parlamentswahl für eine Bewegung, die forsch gegen den Stabilitätspakt und die Hilfszahlungen an Portugal und Griechenland wettete, wollte so gar nicht in das Bild des bislang stets konsensorientierten EU-Musterknaben passen.

Mittlerweile nennt sich die Partei zwar nur noch „Die Finnen“, doch die Wählerschaft soll auch bei der EU-Wahl am 25. Mai mit Altbe-

Nikolaus Klinger berichtet für die SN aus Helsinki



währtem angelockt werden. Punkten will man mit rechtskonservativen Gesellschaftsbildern, Ausländerfeindlichkeit und antieuropäischen Forderungen. Den Euro stellt Parteichef Timo Soini öffentlich infrage, der ESM-Rettungsschirm müsse sofort gestoppt werden. Sollte sich die EU weiter zu einem föderalen Staatenbund entwickeln und die Rechte ihrer Mitglieder beschneiden, ist für „Die Finnen“ in letzter Konsequenz auch ein Austritt aus der Europäischen Union denkbar. Die eurokritische Haltung kommt offensichtlich gut an: In

Umfragen liegen die EU-Kritiker knapp eine Woche vor dem Urnengang bei rund 15 Prozent. Nach der Wahl wollen „Die Finnen“ statt bisher einen drei der insgesamt 13 Abgeordneten im Europäischen Parlament stellen.

Um die Europäische Union in ihren Grundfesten zu erschüttern, wird das nicht reichen – Mitstreiter müssen her. Welcher Fraktion man sich künftig anschließen werde, will Timo Soini nur vage beantworten. Ausgeschlossen ist jedenfalls eine Zusammenarbeit mit der geplanten Anti-EU-Fraktion um den Niederländer Geert Wilders, der FPÖ von Heinz-Christian Strache und der französischen Front National von Marine Le Pen – die seien ihm zu radikal und rassistisch.

Ein Wahlergebnis von rund 15 Prozent wäre für „Die Finnen“ ein Schritt zurück zu alter Stärke. Sowohl bei der Präsidentschaftswahl (9,4 Prozent) als auch den Kommunalwahlen (12,3 Prozent) blieb man 2012 hinter den Ergebnissen der Parlamentswahl klar zurück. 2011 schöpften die Rechten aus einem Mix von Protest und Populismus ihr Potenzial. Die damalige Regierung sah sich mit einem Korruptionsskandal konfrontiert. Forderungen nach mehr „Finnischum“ und weniger Ausländern trugen ihr Übriges zum Wahlerfolg bei – obwohl der Ausländeranteil mit knapp vier Prozent im Land recht niedrig ist. Warum sich mit ausländerfeindlichen Parolen dennoch punkten



Unbekanntes Finnland

Land der Saunen:Auf gut fünf Millionen Einwohner kommen geschätzt 2,2 Millionen Saunen.

Land der Handys:In Finnland gibt es mehr Mobiltelefone als Menschen.

Land der runden Beträge:Ein- und Zwei-Cent-Münzen werden nicht verwendet.

lässt? „Vor uns hat die Einwanderungsproblematik einfach niemand angesprochen, die Parteien und Medien haben immer eine heile Welt vorgegaukelt. Es ist aber nicht einzusehen, dass wir Ausländern eine neue Heimat geben und sie dann bei uns Verbrechen begehen“, sagt Matias Turkila, Parteifunktionär und Chefredakteur der Parteizeitung „Perussuomalainen“. Parolen wie diese ziehen bei der Kernwählerschaft. Der typische „Finnen“-Wähler ist laut einer Analyse der Organisation „Counterpoint“ um die 60 Jahre alt, männlich und Arbeiter.

Der Besuch einer Bar in einem Vorort von Helsinki untermauert das Bild. Die männlichen Gäste höheren Alters geben sich beinahe alle als „Finnen“-Sympathisanten aus. Esten und Russen würden den ehrlichen finnischen Arbeitern die Jobs wegnehmen, heißt es. Sager wie die eines Andreas Mölzer, der die EU als „Negerkonglomerat“ bezeichnet hat, hört man in Finnland kaum, so weiß auch Österreichs Botschafterin Elisabeth Kehrer zu bestätigen: „Timo Soini gibt sich mittlerweile betont staatsmännisch.“

Keine Frage: „Die Finnen“ wollen nach der Parlamentswahl 2015 in die finnische Regierung. Der europäische Urnengang soll da nur eine Zwischenstation sein.

Dieser Beitrag ist entstanden im Rahmen von euro-tours 2014, einem Projekt der Europapartnerschaft.

Wahlsieg für die Linken in Griechenland

ATHEN.Bei den Kommunal- und Regionalwahlen in Griechenland hat nach ersten Prognosen das oppositionelle Bündnis der radikalen Linken (Syriza) bedeutende Erfolge erzielt. Im Großraum Athen führte die Syriza-Kandidatin Rena Dourou mit 27 Prozent. Der von den Sozialisten und anderen Mitte-Links-Kräften unterstützte Kandidat Giannis Sgouros erreichte bei der Abstimmung am Sonntag rund 24 Prozent.

Damit kommt es am 25. Mai zu einer Stichwahl in der Region, in der 30 Prozent aller Griechen leben. „Wir können optimistisch sein, dass

wir auch die Stichwahl und auch die Europawahlen am kommenden Sonntag gewinnen“, sagte ein enger Mitarbeiter des Chefs der Linkspartei, Alexis Tsipras, der Nachrichtenagentur dpa. Der Kandidat der Konservativen, Giorgos Koumoutsakos, scheidet als Dritter im Großraum Athen aus. In Athen verbuchte die rechtsextreme Partei Goldene Morgenröte einen Erfolg. Ihr Kandidat für das Amt des Bürgermeisters, Ilias Kasidiaris, kam den Prognosen zufolge auf etwa 13 bis 14 Prozent. SN, dpa

Schweizer lehnen Mindestlohn ab

Auch 22 neue Kampffjets fanden keine Zustimmung bei den Eidgenossen.

BERN.Die Schweizer haben bei einer Volksabstimmung mit großer Mehrheit die Einführung eines weltweit rekordverdächtigen gesetzlichen Mindestlohns von rund 18,50 Euro pro Stunde abgelehnt. Zugleich durchkreuzte das Schweizer Stimmvolk am Sonntag Pläne des Verteidigungsministeriums in Bern, die Luftwaffe mit dem Kauf von 22 Kampffjets vom Typ Gripen des schwedischen Herstellers Saab zu modernisieren.

Die Forderung der Gewerkschaften nach einer in der Verfassung verankerten Lohnuntergrenze von

22 Franken pro Stunde sowie 4.000 Franken im Monat (3.300 Euro) wiesen die Eidgenossen mit 76,3 Prozent Nein-Stimmen klar zurück. Damit erteilten sie den Gewerkschaften eine schwere Schlappe.

Somit gibt es in der Schweiz – wie auch in Österreich – weiterhin keinen gesetzlichen Mindestlohn. In Deutschland soll ab 2015 ein Mindestlohn von 8,50 Euro eingeführt werden. Auch in Frankreich (9,43 Euro) und Spanien (5,05 Euro) liegen die Lohnuntergrenzen unter dem im Schweizer Referendum vorgeschlagenen Mindestlohn.

53,4 Prozent der Abstimmungsteilnehmer sagten laut amtlichem Endergebnis Nein zur Anschaffung der Gripen-Jets. Dafür wollte Bern umgerechnet 2,6 Milliarden Euro ausgeben. Es ist das erste Mal, dass das Schweizer Stimmvolk der Armee neue Kampfflugzeuge versagt.

Die Schweden-Jets sollten in den nächsten Jahren veraltete Kampfflugzeuge vom Typ F-5/Tiger ersetzen. Sonst könne die Luftverteidigung nicht mehr gewährleistet werden, hatte der nationalkonservative Verteidigungsminister Ueli Maurer erklärt. SN, APA, dpa